



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1917**

318 (11.7.1917) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-176898](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-176898)

# Mannheimer General-Anzeiger

## Badische Neueste Nachrichten

Verantwortlich für den allgemeinen und Handels-Teil: Chefredakteur Dr. Fritz Goldenbaum; für den Anzeigen-Teil: Anton Gröber. Druck u. Verlag von Dr. F. Goldenbaum, Badische Anzeiger-Anstalt, Mannheim. Preis: 1.20 M. (einstufig). Postamt Mannheim, Nr. 170, 171, 172, 173, 174, 175. Deutsche Fernsprechnummer: 170, 171, 172, 173, 174, 175. Postfach-Nr. 297. Lokalanzeigen a. R.

Verlagspreis: Die Post-Kolonnen 20 Pf., Restsumme 11. 120. Anzeigenpreis: 1.20 M. (einstufig). Für Anzeigen an bestimmten Tagen, Stellen u. Ausgabe wird keine Verantwortung übernommen. Druckerei in Mannheim a. M., Nr. 170, 171, 172, 173, 174, 175. Postamt Mannheim, Nr. 170, 171, 172, 173, 174, 175. Deutsche Fernsprechnummer: 170, 171, 172, 173, 174, 175. Postfach-Nr. 297. Lokalanzeigen a. R.

Wöchentliche Beilagen: Amtliches Verkündigungsblatt für den Amtsbezirk Mannheim. — „Das Weltgeschehen im Bilde“ in Kupfertiefdruck-Ausführung.

### Auf dem Wege zur Entwirrung.

#### Berufung des Kronprinzen nach Berlin.

Berlin, 11. Juli. (WZ. Nichtamtlich.) Im Anschluß an den gestrigen Anruf hat der Kaiser heute in mehrstündiger Beratung die schwebenden Fragen und deren Lösung mit dem Reichskanzler erörtert.

Auf Befehl des Kaisers trifft hier morgen der Kronprinz zur Besprechung des vom Kaiser in Aussicht genommenen Entscheidungen ein.

Berlin, 11. Juli. (WZ. Nichtamtlich.) Der Kaiser empfing gestern Abend den österreichisch-ungarischen Botschafter, hörte heute Vormittag den Vortrag des Chef des Zivilkabinetts und die militärischen Vorträge und empfing den Besuch des Kronprinzen.

Berlin, 11. Juli. (Von unserem Berliner Büro.) Vielleicht darf man heute sagen: die Krise nähert sich dem Stadium der Entwirrung. Das wird freilich kaum so zu verstehen sein, wie die Leute es meinen, die heute früh in den Berliner Blättern Herrn von Bethmann für erledigt ansehen. Es können ja in der Beziehung — bei den vielerlei unberechenbaren Faktoren, die da in Betracht kommen — immer noch unvorhergesehene Zwischenfälle eintreten. Nach der Richtung mag man es vielleicht als ein bedenkliches Symptom werten, daß auch die „Germania“ heute früh berichtet, in parlamentarischen Kreisen begänne man die Stellung des Kanzlers als unhaltbar anzusehen. Werden solche Zwischenfälle aber aus, so wird der Ausgang der Krise wohl der sein, daß weder Herr von Bethmann, noch Herr Zimmermann und Herr Helfferich ihre Plätze verlassen, daß aber daneben Vertrauensmänner der parlamentarischen Parteien in die Regierung eintreten und mit der Durchführung der preussischen Wahlrechtsreform schon jetzt im Krieg Ernst gemacht wird. Man geht wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß in der heutigen wiederholten Sitzung des Kronrats, der, wie der WZ-Schreiber glaubt, auch der Kronprinz beiseite, die letzte Entscheidung fallen wird. Daß der Kronprinz zu dieser Sitzung nach Berlin berufen wird, ist ein Zeichen für den Ernst, mit dem diese Dinge von der Regierung und von dem Träger der Krone behandelt werden. Beide sind sich bewußt, daß sie vor einem Schritt von geschichtlicher Wichtigkeit, vor einem Bruch mit der bisherigen Entwicklung stehen. Da ist es denn unerlässlich, daß auch der Thronerbe, den diese Dinge doch schließlich mitanzusehen zum Wägen berufen wird. Für morgen Abend dürfte man dann, wenn, wie gesagt, keinerlei unerwartete Zwischenfälle sich ergeben, einer Rundgebung des Monarchen entgegengehen.

Am Freitag würde sich vermutlich der historische Akt im Reichstag abspielen, bei dem die parlamentarische Regierung zum ersten Mal vor das Volk tritt.

In der frühlichen Kamensjagd, die in den letzten Tagen durch einen Teil der Blätter mochte, haben wir uns nicht beteiligt und geben uns auch bis zum Schluß nicht zu beteiligen. Klein aus den Nationalliberalen des Reichstages ist nahezu ein gutes Drittel der Fraktion aus diese selbstherrlichen Ministerlisten gesetzt worden. Damit ist dieser müßige Sport wohl zur Gänze charakterisiert. Vermutlich wird wohl aus jeder der vier Parteien, die an der interfraktionellen Konferenz beteiligt waren und die durch die ganze letzte Zeit die eigentliche Mehrheit des Reichstages darstellten, je ein Abgeordneter in die umgestaltete Regierung berufen werden. Wer das ist, wird man, scheint uns, auch noch morgen rechtzeitig genug erfahren. Schließlich ist das ja auch wirklich nicht die Hauptsache.

Berlin, 11. Juli. (Von uns. Berl. Büro.) Im Reichstag einigte sich heute erst in den späteren Vormittagsstunden engeres Leben. Um 9 Uhr traten die Räume noch öde und verlassen. Allmählich aber wurden sie voller und voller und in den Wandelgängen sah man größere und kleinere Gruppen in eifrigem Gespräch. Diese Gruppen waren durchaus interfraktionell gemischt: Zentrumslinke, Fortschrittler, Sozialdemokraten pflegten lebhaftes Unterhalten. Besonders die Abgeordneten Spahn und von Pöner, die gestern vom Reichskanzler empfangen worden sind, wurden von den Parlamentarierkreisen mit Fragen über ihre Beurteilung der Lage bestrahlt. Von den Nationalliberalen und den Konservativen waren nur wenige Mitglieder im Haus.

Der Hauptausgangspunkt ist auch noch nicht wieder einberufen und wird erst nach der Klärung der Lage und nach Beendigung der Regierungskrisis seine Beratungen fortsetzen. Heute dürfte keine Sitzung mehr stattfinden. Die Vertreter der Fraktionen sind mit ihren Besprechungen fertig. Der Wortlaut der Friedensgrundgebung ist festgelegt und die Mehrheit scheint entschlossen zu sein, auch ohne die Nationalliberalen ihren Weg fortzusetzen, da für die geplante Aktion auch so eine Mehrheit vorhanden ist. Es bestätigt sich, daß die von dem interfraktionellen Ausschuss verfaßte Friedensresolution den Hauptausgangspunkt nicht beabsichtigt, sondern als Antrag sofort in das Plenum gebracht und zur namentlichen Abstimmung gestellt werden soll. Von der Tagesordnung der heutigen Plenarsitzung werden nur die Petitionen verhandelt werden. Außerdem wird der Abgeordnete Spahn nach Vereinbarung mit dem Reichskanzler beantragen, die Vorlage über den Wiederaufbau der Handelsflotte und der Kriegsbeschäftigtenfürsorge zu beraten. Oratorische Debatten sollen nicht stattfinden, da beide Gegenstände an Ausschüsse gehen werden.

#### Die Haltung der nationalliberalen Reichstagsfraktion.

Die Berliner Nationalliberale Korrespondenz schreibt:

Es ergibt sich aus der bisherigen Haltung der nationalliberalen Partei, wie sie dem Erzberger'schen Programm gegenübersteht. Nach den wiederholten Rundgebungen ihrer berufenen Vertreter, die noch zuletzt durch die Konferenz der Landesvorsitzenden erneuert

worden sind, erstreckt die nationalliberale Partei unter allen Umständen einen Sicherungsfrieden. Sie erkennt den Standpunkt des Verteidigungsstranges, zu dem wir gezwungen worden sind, vollkommen an, setzt sich aber dafür ein, daß dieser Verteidigungsstrang politisch, militärisch und wirtschaftlich die nötigen Sicherungen für die Zukunft schaffen muß, wenn anders unser Volk nach dem Kriege nicht ernstlich und ständig bedroht sein soll. Um unsere Grenzen, um unsere wirtschaftliche Entwicklung zu sichern, bedarf die nationalliberale Partei das Kriegsziel weiter als bis zu einer bloßen Wiederherstellung des früheren Zustandes. Nur ein Friede auf solcher Grundlage könnte zudem dem Stand unserer glänzenden militärischen Erfolge und der Höhe unserer Opfer entsprechen. Die von Herrn Erzberger vorgeschlagene Friedensformel umfaßt eine ganz andere Grundlage. Sie geht auf den Scheidemann'schen Verzichtfrieden zurück und glaubt unsere künftige Sicherung durch die internationalen Vereinbarungen gewährleisten zu können. Dieser Friede ist in seinen früheren Vorkäufen zur Sicherung des Weltfriedens angepriesen. Wie die nationalliberale Partei von einem schwächlichen Verzichtfrieden nichts wissen will, so lehnt sie es auch ab, unsere künftige Sicherung internationalen Vereinbarungen und Gerichtsinstanzen anzuvertrauen. Sie ist der Überzeugung, daß lediglich die ungeschwächte Erhaltung unserer militärischen Wehrkraft den Fortbestand des Deutschen Reiches sichert, und daß diese Kraft der einzige Hüter ist, dem wir unsere Zukunft anvertrauen können. Dieser Standpunkt wird durch die Erfahrungen des Weltkrieges vollkommen gerechtfertigt. Der Paz, der uns in diesem Weltkampf entgegensteht, ist ein vordereiner jede Öffnung aus, daß Deutschland in einer künftigen (schiedlich-friedlichen) Gemeinschaft aller Völker miteingebunden sein und deshalb auf eigene Sicherungen verzichten könnte. Dieser Paz macht es auch ganz unwahrscheinlich, daß die von Herrn Erzberger geplante Aktion irgendwie demoralisierend und überzeugend auf unsere Gegner wirken könnte. Alle bisherigen Erfahrungen haben uns ununterbrochen gezeigt, daß unsere Friedensangebote ein Schlag ins Wasser waren, daß die Besen nachher ebenso wild wie vorher gegen uns anstürmten, und daß nur der Eindruck der deutschen Schwäche zurückblieb. Gerade wer einen möglichst raschen Frieden will — und wer wollte ihn nicht? — muß nach den bisherigen Erfahrungen einer Friedensaktion des Reichstages zweifelnd gegenübersehen.

Ob es zu einer solchen Aktion kommen wird, ist nach dem gegenwärtigen Stand der politischen Krise noch nicht sicher. Jedenfalls hat aber die nat. lib. Reichstagsfraktion in voller Übereinstimmung mit der Partei es abgelehnt, sich der Kriegszieleklärung anzuschließen, die Herr Erzberger entworfen hat und für die, wie es scheint, nur die Sozialdemokratie und die fortschrittliche Volkspartei unbedingt gewonnen sind. Welche weiteren Folgen die Ablehnung der nationalliberalen Reichstagsfraktion haben wird, muß die Zukunft lehren. Die politische Krise ist noch nicht zu ihrem Abschluß gelangt, sie hat aber durch den Beschluß der nationalliberalen Reichstagsfraktion in der Kriegzielfrage bereits ein bestimmtes Gepräge erhalten. Es ist ganz falsch, an dieser Bestimmtheit zu zweifeln. Wenn die „Wölkische Zeitung“ von einer veränderten Stellungnahme der Nationalliberalen spricht, wenn der „Vorwärts“ das angeblich unschlüssige Verhalten der Nationalliberalen für das drohende Scheitern der Aktion verantwortlich macht, so ist beides tatsächlich unrichtig. Die Haltung der nationalliberalen Reichstagsfraktion hat sich in der Kriegzielfrage nie geändert, sie ist auch nie unschlüssig gewesen. In dieser grundsätzlichen Frage ist die Fraktion vielmehr immer entschlossen gewesen, am aller ehesten festzuhalten.

Was die weiteren Fragen anlangt, die Herr Erzberger zur Debatte gestellt hat, so kann man hier eher von taktischen Fragen sprechen. Die „Germania“ lehnt selbst in einem Artikel der Dienstag-Vormorgenausgabe die Ansicht ab, als sei der Erzberger'sche Vorschlag eines parlamentarischen Koalitionministeriums eine Abwandlung an das parlamentarische System. Unsere Auffassung bewegt sich auf derselben Linie. Die nationalliberale Partei ist stets dafür eingetreten, daß eine engerer Fühlung zwischen Regierung und Parlament hergestellt wird. Wenn sich in dem Geist dieser Stunde die Berufung von Parlamentariern in die Regierung als die beste Form dieses Zusammenwirkens erweisen sollte, so wird die nationalliberale Partei zur Mitarbeit freudig bereit sein.

Wir begrüßen diese Rundgebung aufrichtig. Soweit wir die Möglichkeit hatten, uns über die Stimmung in der nationalliberalen Partei zu unterrichten, ist sie so und nicht anders erwartet worden, und wir können nur hoffen und wünschen, daß die nationalliberale Reichstagsfraktion geschlossen von der hier gegebenen Grundlage aus zu der Resolution für einen Verständigungsfrieden Stellung nimmt, unabhängig ihrer Zustimmung zur inneren Reform.

#### Zusammenhang zwischen Kriegsziel und innerer Krise.

Der Vorliegende des Alldeutschen Verbandes veröffentlicht demnächst eine Flugzettel „Zum deutschen Kriegsziel“. Wir sind bereits heute in der Lage, einiges daraus mitzuteilen, was gerade zu der augenblicklichen inneren Krise in Beziehung steht. Die lange Dauer des Krieges mit seinen Opfern und Liden hat nicht nur die Hochstimmung des Herbstes 1914 herabgedrückt, sie hat auch innerpolitische Unruhezustände wieder belebt, die man bei Kriegsbeginn für weite Zeit beiseite hatte. Auch hier ist es offensichtlich, daß die innerpolitischen Kämpfe, die den Aufklärung dienen will, aber eine Last unter diesen Unruhezuständen mit herausgehoben werden; es ist die Verquickung des Kriegsziels mit Fragen der inneren Politik des Reiches und des führenden Bundesstaates Preußen. Wenn etwas die mangelnde politische Anlage und Schulung allzu weiter Kreise sog. führender Persönlichkeiten in und außerhalb der Volkserwartungen bemittelt, so ist es dies Zusammenwirken politischer Fragen, die weder Zusammenhang noch Gegenständigkeit in sich haben, die vielmehr besonderen Gehehen folgen. Ob im Reiches des sog. parlamentarische System, ob in Preußen das allgemeine gleiche Wahlrecht eingeführt wird, das sind hoch Dinge, die in aller Welt nichts damit zu tun haben, ob wir einen Verzichtfrieden schließen, oder einen solchen, der den deut-

schen Notwendigkeiten genügt. Ein Zusammenhang zwischen der machtpolitischen Frage der Friedensgestaltung und der inneren Politik besteht nur durch die wirtschaftlichen Folgen des Friedens: ein glückliches Kriegsende wird ein wirtschaftlich gesundes, erfolgreich arbeitendes deutsches Volk schaffen, das schnell die Wunden heilen wird, die so schwerer Kampf ihm geschlagen, und es wird ohne innere Erschütterungen die Aufgaben zu lösen trachten, die das größer gemordete Vaterland ihm stellt — ein Verzichtfrieden wird den Zusammenbruch der deutschen Volkswirtschaft herbeiführen, will ihm den Druck des Niederganges, der Verarmung und ihrer Folgeerscheinungen, die sehr wohl zu inneren Kämpfen führen können. Wer solche vermeiden will, muß — allein schon unter diesem Gesichtspunkt — den starken deutschen Frieden erstreben, der unser Volk mächtiger und reicher als vor dem Kriege sieht. Aber, von diesem Zusammenhang abgesehen, was ist ein anderer zwischen dem Kriegsziel und den Fragen der inneren Politik im engeren Sinne? Ist es nicht unangebracht, daß man es geradezu so hingeworfen behauptet: wer „freihändler“ denkt, tritt dafür ein, daß Belgien wieder hergestellt, daß Frankreich nicht getränkt, England endlich verfaßt und das nun glücklich besetzte Rußland glimpflich behandelt wird — wer aber Belgien, Nordfrankreich, die Ostprovinzen deutsch machen und England wieder unterwerfen will, der soll ein Vertreter politischer und wirtschaftlicher Untreue sein! Eine derartige Verherrlichung ist nur auf deutschen Boden möglich, womit nicht gesagt ist, daß sie von Deutschen ausgehen braucht; jedenfalls ist es traurig, daß verdienstvolle Deutsche darauf hineinfallen. Gegenüber solchen Verirrungen einer Verfassung der Lebensfrage unseres Volkes muß mit aller Deutlichkeit gesagt werden: wer sein Volk liebt, wer es als politische Eigenart mit seinen gemordeten Einrichtungen erhalten und ausgebaut zu sehen wünscht und den durch den Krieg überlegten Unfug einer „internationalen“ Zukunft ablehnt — der muß und kann dafür eintreten, daß wir einen die deutsche Macht wesentlich stärkenden Frieden schließen — einerlei zu welcher politischen Partei er sich zählt. Wer aber den Verzicht- oder Verständigungsfrieden haben will, der gehört entweder nicht zum deutschen Volke oder hat in der Verzichtbarkeit Gott weih welcher Verleihen verlernt, deutsch zu denken, zu erkennen, was seinem Volke nottut.

#### Worauf es der Sozialdemokratie ankommt.

Die Sozialdemokratie setzt starke Hoffnungen auf die schwere politische Krise, die wir heute durchleben, wie ein Bild in ihrer Presse zeigt. So schreibt die „Schwäbische Tagwacht“:

Die Sozialdemokratie ist noch wie vor entschlossen, für die Verteidigung des Deutschen Reiches und Volkes mit allen Kräften einzustehen. Aber sie verlangt Garantien dafür, daß dieser Krieg in seinen Absichten und Zielen ein Verteidigungskrieg bleibt, und daß die Regierung bereit ist, jede Möglichkeit zu einem Frieden der Verständigung auf der Grundlage „Ohne Annexionen und Entschädigungen“ zu ergreifen, zu denken. In bezug auf die innere Neuordnung fordert sie mit größtem Nachdruck die sofortige Inangriffnahme der Reformarbeit, vor allem der preussischen Wahlreform, die der entscheidende Punkt der inneren Neuordnung ist. Sie beteiligt sich an jeder politischen Gruppierung, die den Zweck hat, die Forderung unverzüglich durchzuführen, wird aber jeden Versuch, eine neue Verschleppung herbeizuführen, aufs entschiedenste und ohne jede Rücksicht auf Personen, die Verlor des Herrn v. Bethmann Hollweg eingeschlossen, entgegenzutreten.

Die „Frankf. Tagespost“ erwartet, daß der geplante gemeinsame Schluß der Reichstagsparteien einen starken Schritt zur Demokratisierung bilden, der Reichstag zum entscheidenden Faktor in der deutschen Politik erheben würde. Der deutsche Reichstag würde das deutsche Volk dem Frieden näher bringen durch Klärung der Friedensziele, durch Beschränkung des Krieges auf den Verteidigungszweck, durch die Politik der Demokratisierung.

#### Freisinniger Heid auf Erzberger.

Der Berliner Vertreter der Kölnischen Volkszeitung berichtet, daß man gestern zwischen den Fraktionen verhandelt habe, um die schon jetzt launisch gestaltete Friedensresolution noch harmloser zu machen, damit auch die Nationalliberalen ihr zustimmen könnten, dann erzählt er weiter:

Von der Erzberger'schen Forderung des Friedensangebots „ohne Annexionen und ohne Entschädigung“ bleibt wenig mehr übrig. Aber selbst das Wenige, das bleibt, und damit das Verdienst, den Geist ins Keller zu rufen, hat Erzberger heute die freisinnige Zeitung freigegeben. Es kommt damit Humor in die Sache. Man läßt im Reichstag der vier Parteien viel über die Erklärung der freisinnigen Zeitung, daß das Verdienst an den Entschlüssen der letzten Tage nicht Erzberger allein zukomme. Die freisinnige Volkspartei habe wenigstens etwas Beifolgendes „beabsichtigt“. Nur ist Erzberger selber gewesen, als Willkür-Regierung.

#### Die Wirkung auf das Ausland.

Haag, 11. Juli. (WZ. Nichtamtlich.) Boderland schreibt über die Vorgänge in Deutschland: Diese politische Umwälzung, die so mit einem Male vollzogen wird, wenn sie auch schon seit langer Zeit vorbereitet wird, ist von großer Tragweite, nicht nur für den inneren Zustand Deutschlands, sondern auch für die auswärtigen Beziehungen des Reiches in der kommenden Friedenszeit.

Rotterdam, 11. Juli. (WZ. Nichtamtlich.) Die „Humanité“ bringt über die letzten Vorgänge im deutschen Reichstag einen aufsehenerregenden Artikel, in welchem sie ihrer Meinung Ausdruck gibt, daß es den deutschen Blättern jetzt möglich sei, ohne Zensur die deutschen Nachrichten für den Krieg verantwortlich zu machen. Besonders unterteilt sie die Reden der deutschen und österreichischen Abgeordneten wie Bernheim, Dackhoff etc. und das französische Heftblatt will bereits genau wissen, daß der oberste deutsche Militarismus jetzt seinen Körper und seine Seele mehr habe, der Krieg also beendet erscheinen kann.

Bern, 10. Juli. (WZ. Nichtamtlich.) Der „Temps“ erwartet gespannt die Rückwirkung, die die innerpolitische Krise in Deutschland, in Wien und Konstantinopel haben wird und führt darüber aus, daß der Bruch der Mittelmächte auf der militärischen Seite Deutschlands, dessen Finanzkraft und seinem politischen Prestige beruhe. Der Bund müsse daher an dem Tage, wo Deutschland, das keinen Verbündeten den Krieg zeigen sollte, selbst den neuen Weg finden, eine Krise durchzumachen. „Übertritt“ glaubt die Vorgänge im Reichstag als Anzeichen für die Entmutigung der Öffentlichkeit in Deutschland deuten zu können.

Der deutsche Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 11. Juli. (W.Z. Amtlich.) Westlicher Kriegsschauplatz. Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls Kronprinz Rupprecht von Bayern

Im Tannabstich des Infanteriekorps kämpften gestern Teile der kampferprobten Marieninfanterie nach planmäßig wirkungsvoller Feuerbereitschaft die von den Franzosen stark angebauten, vor kurzem von den Engländern übernommenen Verteidigungsanlagen zwischen der Käse- und Comberghde.

Der Feind wurde über die Hyer zurückgeworfen. Ueber 1250 Gefangene, dabei 27 Offiziere, sind eingeschickt worden. Die englischen Verluste in dem stark beschossenen Gelände zwischen Meer und Juch sind sehr hoch. Die Brücke steht noch nicht fest. Wieder trugen unsere Truppen in kühnster Weise trotz heftigsten Sturmes zum vollen Erfolg des Tages wesentlich bei.

Bei den andern Armeen der Westfront hielt sich infolge regerlicher Wetzere die Gefechtsfähigkeit in geringen Grenzen. Einige Erkundungsunternehmungen von südsächsischen, rheinischen und Garde-Regimenten bei Reims, östlich der Argonnen und zwischen Meuse und Mosel zeigten gute Ergebnisse.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Zwischen Ostsee und dem Schwarzen Meer keine größeren Kampfbewegungen.

Die Bewegungen südlich des Dnjeprs sind bisher wie geplant vollzogen worden.

Mazedonische Front.

Bulgarische Streitabteilungen rieben östlich des Doiranjues englische Posten an. In der Strumabene schloß die englische Artillerie mehrere Geschütze in Brand.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Die neuen U-Booterfolge.

Berlin, 10. Juli. (W.Z. Amtlich.) 1. Neue U-Booterfolge auf dem nördlichen Kriegsschauplatz: 24500 Bruttoregistertonnen! Unter den versenkten Schiffen befanden sich die englischen Dampfer „Ciele“ (6552 B.R.T.) mit Munition und Weizen von Boston nach Liverpool, „English Monarch“ (4947 B.R.T.) mit 8000 Tonnen Kohlen von Glasgow nach Livorno.

2. Fliegerangriffe auf russische Stützpunkte in der Ostsee. In den letzten Tagen sind von unseren Flugzeugen vier nordrussische Küste die Batterien, Kasernen und Hafenanlagen bei Orel und Kronburg auf der Insel Döbel erfolgreich und wiederholt mit Bomben belegt worden, wobei Treffer und langandauernde Brände beobachtet wurden. Trotz heftiger Beschädigung durch feindliche Batterien sind unsere Flugzeuge von allen Unternehmungen unversehrt zurückgekehrt.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Der türkische Tagesbericht.

Konstantinopel, 11. Juli. (W.Z. Nichtamtlich.) Bericht vom 10. Juli: Abgehoben von der gewöhnlichen Aufklärungstätigkeit und dem Vorkriegsstand ereignete sich an der Kaukasusfront nichts von Bedeutung. In der Nacht zum 10. Juli überflogen zwei feindliche Flugzeuge Konstantinopel und warfen an einigen Stellen Bomben ab, die nur unbedeutenden Schaden anrichteten.

Offensive und Revolution.

Das Ziel des russischen Angriffs.

Von der Schweizerischen Grenz, 11. Juli. (Priv.-Tel. z. R.) Dem „Bürcher Tagesspiegel“ zufolge geht aus offiziellen russischen Mitteilungen hervor, daß der große gegenwärtig im Gange befindliche russische Angriff über Kowle und Wolna auf das Petroleumgebiet von Sibir und den wichtigen Beständen abzielt.

Eine Unterredung des Fürsten Lwow.

Von der Schweizerischen Grenz, 11. Juli. (Priv.-Tel. z. R.) Die Schweizerischen Zeitungen geben eine Havasmeldung wieder, derzufolge der russische Ministerpräsident Fürst Lwow dem Vertreter der „Times“ eine Unterredung gewährte, in deren Verlauf sich der Ministerpräsident über die Festigkeit der gegenwärtigen Verhältnisse sehr zuversichtlich aussprach. Die Volkswirtschaft beginnt die Notwendigkeit der Staatsordnung einzuleben und es sei der russischen Regierung sehr möglich, die Ausführung ihrer Befehle durchzuführen zu befehlen und zu bestrafen. Der Zwischenfall von Kronstadt sei nahezu erledigt und die Unruhen würden mehr und mehr niedergedrückt. Die russische Offensive zeige, daß die demokratische Reform das Heer nicht erschütterte. Der Grundgedanke der Regierung sei kein Sonderfrieden, aber es sei dennoch möglich, mit den Alliierten jetzt offen und ohne Hintergedanken die Kriegsziele und Mittel zur Vorbereitung des Friedens zu erörtern. Die große demokratische Wendung, die durch die Welt gehe, könne alle sozialen Rahmen sprengen zu wollen, vorläufig aber habe Russland die Pflicht, die Lasten im Auge zu fassen und diese fordern ein kräftiges militärisches Vorgehen.

Zur Vorgeschichte des Krieges.

in Köln, 11. Juli. (Priv.-Tel.) Die „Kölnische Zeitung“ erhielt Einblick in ein 1911 in Paris erschienenes Buch von Francis Delaunay, das seit Kriegsausbruch vernichtet wurde und in dem der Verfasser den Nachweis führt, daß er einen Krieg gegen Deutschland voraussetzt, der auf Englands Reich zurückzuführen ist. England wolle die Vernichtung der deutschen Industrie, England kann sein Ziel nur erreichen, mit Hilfe des französischen Landheeres. Der Krieg, welcher sich entspinnen muß, wird nach der Ansicht des Verfassers vornehmlich in Belgien geführt. Delaunay erinnert an das Wort Richenours die Grenze des englischen Reiches in Europa sei nicht der Bos de Galois, sondern die Waaslinie. Mit Recht sagt Delaunay hinzu, ein eigenartiges Wort, das zeigt, was er von der belgischen Neutralität hält. Delaunay zeigt, wie allmählich das französische Volk gewonnen wurde. Das französische Volk wird von einer Rinderpest, von Bankiers und Industriellen, regiert, welche die Presse und die Politik in ihrer Hand haben. Ein Rinderpest war es für die Engländer die französische Presse zu gewinnen. Die französisch-englischen Verhandlungen über eine Militärkonvention waren die Vorboten des Krieges. Den Franzosen wurde suggeriert, daß die Deutschen einen Einfall in Frankreich planen; eine gefasste und von langer Hand darauf dressierte Presse benutzte die geringsten Vorfälle, um sie zu entzünden u. das Publikum zu beunruhigen. Delaunays Warnungen wurden nicht beachtet. Der einzige Mann der den Rat gebot hat die Wahrheit zu sagen, Saures wurde kurz vor Kriegsausbruch ermordet.

Die Neutralen.

Englische Wachenposten in Schweden.

Ueber die „Kunst, Bauern zu jagen“ handelt ein Artikel des Stockholm „Frischbladet“, er warnt seine Landsleute vor dem planmäßigen Verstoß England — Schweden ins Auge der Ökonomie zu treiben:

Von einer bestimmten und leicht erkennbaren Stelle scheint beabsichtigt zu sein, unsere schwedischen Bauern dazu zu verleiten, nicht nur Schwopolitik, sondern geradezu Weltpolitik zu treiben. In Schweden — und vielleicht auch in anderen Gegenden des Landes — wird in vielen tausend Exemplaren eine Kundgebung verfaßt, die in der Druckerei der Zeitung „Dagbladet“ gedruckt worden ist und für die man beabsichtigt, Unterschriften aus dem Volke zu gewinnen und zwar in möglichst großem Umfang. Die ersten acht Punkte der weitläufigen Wunschliste der Adresse sind folgende: einen mehr oder weniger nahen Zusammenhang mit den Klagen der Landleute über die Not und Verelendung, in welcher sie besonders in Schweden während der schweren Kriegsjahre wahrgenommen wurden. Das Schreiben geht dann sprunghaft auf die beiden letzten Punkte über, wo in ganz unabweislichen Worten eine vollständige Unterwerfung unter die englische Handelspolitik mit dem Risiko eines ebenso vollständigen wirtschaftlichen und als Folge davon auch politischen Bruchs mit den Mittelmächten gefordert wird. Es ist natürlich beabsichtigt, die Stimmung, nachdem sie in der angegebenen Richtung unter den Kandidaten des Landes genügend bearbeitet worden ist, bei den bevorstehenden Wahlen auszunutzen. Diejenigen, welche so leichtsinnig von dem Oeffnen der Kongressgrundrinne für die Schiffe des Verbundes sprechen, wissen entweder nicht, was sie verlangen, oder aber sie wissen es nur allzu wohl. Auf alle Fälle würde ein offener Weg für den Verband durch eine nicht an unsere schwedischen Küsten gelegene Fahrstraße mit einer gewissen Notwendigkeit zur Verlegung des Seektors in unsere eigenen Gewässer führen, und dann würde es bestimmt nicht lange dauern, bis Helsingborg oder Karlskrona zu einem schwedischen Salonik werden, wo vielleicht ein schwedischer Venezol sehr bald in Erscheinung treten würde. Die Folgen hiervon würden sich für die politische Selbständigkeit und unerschütterliche Neutralität Schwedens wohl ebenso bald als die gleichen wie für Griechenland erweisen. So kann es gehen, wenn unsere schwedischen Kleinbauern sich von bekannter, aktiv für den Verband tätiger Seite dazu verleiten lassen, Weltpolitik zu treiben.

Französische Propaganda in der Schweiz.

Von der Schweizerischen Grenz, 11. Juli. (Priv.-Tel. z. R.) Der „Neuen Zürcher Zeitung“ zufolge werden in letzter Zeit an die in der Schweiz lebenden Elsch-Lothringer gedruckte Zirkulare versandt, welche die Elsch-Lothringer unter dem Motto: „Dieses Blut verleiht sich nie zum Eintritt in den französischen Militärdienst“ auffordern. Zwischen den Zeilen dieser Aufforderung steht man aber die verdeckte Drohung, daß die Elsch-Lothringer im Falle der nicht Folgeleistung der Aufforderung später — wenn Elsch-Lothringer französisch sein würde (!) — die Folgen zu tragen hätten.

Von der Schweizerischen Grenz, 11. Juli. (Priv.-Tel. z. R.) Das „Berliner Tageblatt“ berichtet, französische Internierten würden in Internaten in der Schweiz ganz unzulässige Entente-propaganda betreiben. Die Internierten unterhalten dort einen Stammbuch und geben für die Veröffentlichungen Programme an, auf denen sich folgende Nummer befindet: „Die belarischen Kriegsgenossen“. Dieser Stammbuch ist in der Schweiz angeheftet, beweist deutlich, auf welche Art die deutsche Armee, insbesondere, den Rücken anzureißen, internierte alle zerstreut, was sich auf ihrem Weg befindet. Ausnahmsweise wurde auch den Schweizerern gestattet, diesen Veröffentlichungen beizuhängen, ebenso finden Ersatzverstellungen für die Schulen statt. Dergleichen bemerkt das Berliner Tageblatt, wie rechtlicher energisch dagegen, daß durch die französischen Internierten die deutsch-schweizerische Jugend verhetzt werden soll. Wenn die Internierten ein Kino haben wollen, so sollen sie gefälligst unter sich bleiben.

Von der Schweizerischen Grenz, 11. Juli. (Priv.-Tel. z. R.) Dem „Berliner Tageblatt“ zufolge erlaubt die französische Regierung einer Anzahl von Schweizerischen Automotivführern, Seilern und Jagdführern, den Dienst auf den französischen Bahnen zu übernehmen. Sie dürfen aber davon die dauernde Verbindung, daß solche Angehörige samt ihrer Frauen bis in das 4. und 6. Wirtel von der unabweislichen Verpflichtung mit Deutschland frei sind.

Von der Schweizerischen Grenz, 11. Juli. (Priv.-Tel. z. R.) Wie das Berliner Tageblatt schreibt, hat nunmehr auch die amerikanische Werberbetätigung eingesetzt. Bürger von Bern erhalten in letzter Zeit in geschlossenen Briefumschlägen Flugblätter zugesandt, deren vorderer Seite das Bildnis des früheren „Friedensfreundes“ Wilson trägt. Im Gegensatz zu den anderen Entente-Veröffentlichungen enthalten die amerikanischen keine Beleidigungen und Beschimpfungen des Gegners, sondern veranschaulichen in verschiedenen Abbildungen Amerikas Macht zur See und zu Lande. Der Titel lautet: „Die Vereinigten Staaten, Deutschlands allerletzte Feind“, darüber kommt als letzter Spruch ein Satz aus Wilsons Kriegssprache gegen Deutschland. Das Flugblatt bezweckt offenbar, dem Empfänger jeden Zweifel darüber zu nehmen, daß Amerika den Deutschen den Garau machen will.

Wochenhilfe für Ehefrauenhilfsdienstpflichtiger.

Der Bundestag hat am 5. Juli eine Verordnung beschlossen, nach der deutsche Wöchnerinnen während der Geltungsdauer des Hilfsdienstgesetzes aus Reichsmitteln eine Wochenhilfe erhalten sollen, wenn

- 1. der Ehemann eine Beschäftigung im Sinne des Hilfsdienstgesetzes ausübt, und im letzten Jahre vor der Niederkunft seiner Ehefrau mindestens sechs Monate hindurch ausgeübt hat;
2. seine wirtschaftliche Lage sich infolge seiner Beschäftigung im Hilfsdienst nachweislich verschlechtert hat und;
3. ein Bedürfnis für die Weibliche besteht.

Bei Hilfsdienstpflichtigen, die durch besondere schriftliche Aufforderung nach § 7 des Hilfsdienstgesetzes herangezogen worden sind, bedarf es nicht des Nachweises einer Beschäftigung im Hilfsdienst vor der Niederkunft. Der Beschäftigung des Ehemannes vor der Niederkunft steht natürlich die Leistung von Kriegs-, Sanitäts- und ähnlichen Dienst gleich. Ebenso erhalten die Wochenhilfe solche Wöchnerinnen, die selbst im Jahre vor der Niederkunft mindestens sechs Monate hindurch im Hilfsdienst beschäftigt waren. Auf diese sechs Monate wird ihnen die Zeit einer Beschäftigungslosigkeit unmittelbar vor der Niederkunft bis zu vier Wochen angerechnet. Die Wochenhilfe wird endlich auch für ein uneheliches Kind geleistet, wenn in der Person des Vaters die eben für den Ehemann abgegebene Voraussetzungen zutreffen, und seine Verpflichtung zur Gewährung des Unterhaltes festgestellt ist. Für die Anerkennung des „Bedürfnisses“ ist eine Einkommenshöchstgrenze festgesetzt, 2500 Mark, bei dem Vater 1500 bis 2000 Mark, je nach der Kinderzahl, bei unehelichteten Wöchnerinnen.

Eine Verschlechterung der Wirtschaftslage wird in der Regel da anzunehmen sein, wo sich infolge der Hilfsdienstpflichtigkeit die Einnahmen des Beschäftigten verringert oder seine Ausgaben stärker als die Einnahmen vermehrt haben. Voraussetzung wird dabei meistens sein, daß er entweder die Beschäftigungsart oder den Beschäftigungszeit gewechselt hat.

Bei der Regelung der Versorgungsansprüche für die im Vaterländischen Hilfsdienst beschäftigten Personen im Februar dieses Jahres waren die meisten Bestimmungen mit übernommen worden, die seit Beginn des Krieges für die Kriegsteilnehmer ufm. getroffen worden waren. Wenn dies nicht sofort auch hinsichtlich der aus Reichsmitteln gewährten Wochenhilfe geschah, so lag der Grund darin, daß diese Wochenhilfe nicht von vornherein und keineswegs durchweg als erforderlich angesehen werden mußte.

Hilfsdienst und Kriegsdienst wirken auf die Person dessen, der den einen oder den anderen von ihnen zu leisten hat, durchaus verschieden. Vor allem kommt dabei in Betracht, daß das Hilfsdienstgesetz an der Lage der überlebenden Mehrzahl derjenigen Personen nicht das mindeste ändert, wie nach ihm als in vaterländischen Hilfsdienst beschäftigt zu gelten haben: sie arbeiten, wie z. B. die gesamte landwirtschaftliche Bevölkerung, unter den gleichen Bedingungen ununterbrochen weiter. Insofern liegt zu einer besonderen Leistung aus Reichsmitteln für sie kein Anlaß vor. Aber auch da, wo das Hilfsdienstgesetz tatsächlich eine Einwirkung auf die Beschäftigungsverhältnisse des Einzelnen ausübt, bedeutet diese Einwirkung keines-

wegs immer oder selbst nur überwiegend eine Verschlechterung für den Betroffenen; da hier die Lohnverhältnisse größtenteils recht günstig liegen. Auch hier liegt zu einem unterliegenden Eingreifen aus Reichsmitteln kein Anlaß vor. Ein solches würde zugleich eine unbillige Benachteiligung für alle diejenigen Gruppen der Bevölkerung bedeuten, deren Tätigkeit nicht dem Hilfsdienst zugerechnet wird, die sich aber in gleicher oder oft noch schlechterer wirtschaftlicher Lage befinden, als die Hilfsdiensttätigen. Die Frage der Beibehaltung, Aus- oder Umgestaltung der Kriegs-Wochenhilfe kann allgemein nicht an der Hand des dafür geeigneten Hilfsdienstgesetzes geregelt werden, sondern muß auf breiterer Grundlage geprüft werden, wenn die gesamte Wirtschaftslage nach Kriegsende überblickt werden kann. Hier dagegen konnte es sich nur darum handeln, einen gewissen Ausgleich in denjenigen Fällen zu schaffen, in denen die mit dem Hilfsdienstgesetz unermittelbar verbundenen Eingriffe zugleich wirtschaftliche Nachteile mit sich bringen. Aus diesem Grunde beschränkt die neue Verordnung die Gewährung der Reichsmittelnhilfe auf solche Fälle, in denen eine Verschlechterung der Erwerb- und Einkommensverhältnisse eingetreten und überdies das Bedürfnis nachzuweisen ist. — Hinsichtlich des Umfangs der Leistungen schließt sich die neue Fassung eng an die Bestimmungen der bereits bestehenden Verordnungen an. Die Anträge ufm. sind bei Versicherten, je nach Lage der Verhältnisse, an die Krankenkasse, den Arbeitgeber oder die See-Versicherungsgesellschaft zu richten, in allen anderen Fällen unmittelbar bei der Kommission der Versorgungsverbände zu stellen, die für die Prüfung der Wirtschaftslage der Beteiligten infolge ihrer gleichartigen Tätigkeit auf dem Gebiet der Mannschotts-Unterstützung bereits umfassende Erfahrung besitzen. — Die übrigen Bestimmungen decken sich zum größten Teil mit den für die Wochenhilfe für die Ehefrau der Kriegsteilnehmer ufm. nach der Bekanntmachung vom 23. April 1915 in Kraft befindlichen. (W.Z.)

Letzte Meldungen.

Die Krije.

in Köln, 11. Juli. (Priv.-Tel.) Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Berlin: In parlamentarischen Kreisen rechnet man mit einer Klärung der Lage noch im Laufe des heutigen Tages. Die Verögerung ist dadurch entstanden, daß der Kaiser sich seine Entscheidung vorbehalten hat, bis er Rücksprache mit dem Kronprinzen gehalten habe. Er hat die Meinung geäußert, daß die von der Reichstagsmehrheit gewünschte Klärung so schwerwiegender Natur und so tiefgreifend in das Verfassungsleben sind, daß ihre Wirkung weit über die eigene Regierungzeit hinausreichen und eine Beratung mit dem Thronfolger notwendig und geboten sei. Der Kronprinz ist heute früh in Berlin eingetroffen und zwar mittels Sonderzuges über Hannover.

Ueber die Frage des Verbleibens des Kanzlers im Amt gehen die Meinungen nach wie vor sehr auseinander. Zunächst erscheint sein Rücktritt nach keineswegs als gewiß.

Die Reichstagsparteien reden sich immer auf dem Standpunkt, daß, wenn er ihre Forderungen nicht erfüllt, seinem Verbleiben im Amt nichts entgegensteht. Allerdings scheint er wieder nur in der preussischen Wahlkreisfrage vollständig nachgegeben zu haben. Wenn auch in denjenigen Parteien, die ihn und seine Politik bisher gestützt haben, der Gedanke eines Kanzlerwechsels erwohnt wird, so besteht, weil er auf dem Wege zur Parlamentarisierung Hindernisse aufstellt zu haben scheint.

Die Sozialistenkonferenzen in Stockholm.

Stockholm, 11. Juli. (W.Z. Nichtamtlich.) Laut „Socialdemokraten“ kamen am Montag in Stockholm zwei internationale Sozialisten Foris und Brimo an, um der allgemeinen internationalen Konferenz die Wünsche der Flamen zu unterbreiten. In der Unterredung erklärte Foris, wir Flamen fordern nicht die Erziehung eines selbständigen Staates, wir beanspruchen nur eine kulturelle, wirtschaftliche und politische Selbstregierung. Wir verlangen die Gleichberechtigung mit den Balonen innerhalb des belgischen Staates. Damit würden auch die belgischen Anexionisten die Grundlagen für ihre Forderungen verlieren, denn diese Forderung wird ja damit offiziell begründet, daß man Deutschland gegen Frankreich und England schützen müsse. Aber wenn die Flamen die Gleichberechtigung erhalten, so wird dadurch ein neutraler Balken zwischen Deutschland und den Westmächten geschlossen. Unsere Friedenswünsche sind keine Anexionen und kein Schabenerlag. Belgien soll wieder errichtet werden. Wir schlagen vor, daß alle kriegführenden Regierungen je nach ihrer wirtschaftlichen Stärke die Kosten für diese Wiedererrichtung tragen.

Die Vergewaltigung Griechenlands.

Athen, 10. Juli. (W.Z. Nichtamtlich.) Meldung der Agence Havas. Der frühere Bräutigam von Saloniki Argyropoulos ist mit ausgebeuteten Vollmachten zum Generalgouverneur von Mazedonien ernannt worden. Johann Konduriotis, der Bruder des Admirals, ist zum Gesandten beim persischen Hof ernannt worden.

Clond George über die „englischen Friedensmöglichkeiten“.

Von der Schweizerischen Grenz, 11. Juli. (Priv.-Tel. z. R.) Nach Londoner Korrespondenzmeldungen berichtet „Daily Chronicle“, Clond George werde in den nächsten Wochen im Parlament das Wort zur ausführlichen Besprechung der englischen Friedensmöglichkeiten ergreifen.

Kriegsentscheidung in Frankreich.

Kollekdam, 10. Juli. Wie aus Genf berichtet wird, geben auch die französischen Blätter immer mehr zu, daß in Frankreich eine nicht zu befämpfende Kriegsentscheidung herrsche, welche auch durch die eifrigsten Wochenschriften der französischen Regierung nicht aufzuhalten, sondern höchstens noch für kurze Zeit verzögert werden könne.

Die italienischen Minister bereisen das Land.

Von der Schweizerischen Grenz, 11. Juli. (Priv.-Tel. z. R.) Wie der „Corriere della Sera“ berichtet, haben alle Minister mit Ausnahme von Bisciolini und Sonnino Rom verlassen und politische Reisen in das Land angetreten. Sie werden in allgemeinen Versammlungen über die Kriegslage sprechen.

Anreise des neuen Schweizerischen Gesandten in Amerika.

Von der Schweizerischen Grenz, 11. Juli. (Priv.-Tel. z. R.) Laut Berner „Bund“ wird sich der neue Schweizerische Gesandte in Washington, Minister Sulzer, zusammen mit der Schweizerischen Mission am 20. Juli in Barcelona auf dem spanischen Dampfer „Catalpa“ nach Amerika einschiffen.

Die Verhandlungen der russischen Delegierten ausgenommen.

Von der Schweizerischen Grenz, 11. Juni. (Priv.-Tel. z. R.) Die Schweizer Blätter berichten aus Mailand: Der Londoner Korrespondent der „Stampa“ berichtet, gestützt auf eine Stockholmer Information des „Daily Express“, die Unterhandlungen der Russen mit den Vertretern der deutschen Rinderbeichtsparthei, der ungarischen Sozialisten und anderer Delegierten seien aufgenommen worden. Die Beschlüsse wurden streng vertraulich gehalten.

Die Streiks in England.

Von der Schweizerischen Grenz, 11. Juli. (Priv.-Tel. z. R.) Nach Zürcher Blättermeldungen aus London berichtet „Manchester Guardian“, am 1. Juli habe die Zahl der in Großbritannien kreuzenden Arbeiter 150000 betragen. Die Zustände verteilten sich auf alle Gebiete des Landes einschließlich der für Heeresbedarf arbeitenden Betriebe.

Amsterdam, 11. Juli. (W.Z. Nichtamtlich.)

„Daily News“ meldet aus Washington, die amerikanische Regierung wurde von den Alliierten ersucht, alle Ausfuhrbewilligungen nach Schweden solange zu verweigern, bis die jetzt schwebenden Verhandlungen mit dem Lande beendet sind. Im Kongreß ist eine Bewegung im Gange, um mit gewissen europäischen Staaten über ihre Teilnahme am Kriege auf der Seite der Alliierten zu verhandeln.



